

Teil 3/Part 3 Mitteilungen/Notifications

★ **DE. BSU. Untersuchungsbericht Nr. 12/16
veröffentlicht**

(Letzter Bericht siehe NfS-Heft 14/2020)

★ **DE. BSU. Investigation Report No. 12/16 is-
sued**

(Last report see NfS issue 14/2020)

Die Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung (BSU) teilt mit, dass der Untersuchungsbericht Nr. 12/16 am 25.03.2020 veröffentlicht wurde. Der Bericht befasst sich mit dem Zusammenstoß der Schwebefähre Rendsburg mit dem Frachter EVERT PRAHM. Es besteht die Möglichkeit, diesen im Internet unter <https://www.bsu-bund.de/DE/Aktuelles/neueVeroeffentlichungen> einzusehen und herunterzuladen.

Zusammenstoß der Schwebefähre Rendsburg mit dem Frachter EVERT PRAHM mit anschließender Grundberührung der EVERT PRAHM am 8. Januar 2016

Das unter deutscher Flagge fahrende Küstenmotorschiff EVERT PRAHM befuhr am 8. Januar 2016 auf der Reise von Liepaja, Lettland, nach Husum den Nord-Ostsee-Kanal in westlicher Richtung. Um 06:35 Uhr näherte sich die EVERT PRAHM bei Dunkelheit mit ca. 8,8 kn Fahrt über Grund der Rendsburger Eisenbahnhochbrücke. Die unter die Eisenbahnbrücke angehängte Schwebefähre war zu dieser Zeit am Nordufer des Nord-Ostsee-Kanals. Neben dem Maschinenführer befand sich noch ein Passagier auf der Schwebefähre.

Die EVERT PRAHM hielt sich in der Fahrwassermitte und war kurz vor der Eisenbahnhochbrücke, als die Schwebefähre in Richtung Südufer losfuhr. Ein „Voll Zurück“-Manöver der EVERT PRAHM, verbunden mit „Hart Backbord“, konnte die Kollision nicht mehr verhindern. Die Schwebefähre prallte mittschiffs gegen die Luke, hakete kurz fest, drehte sich, und kam wieder frei. Dann schlug sie gegen die Steuerbord-Nock, bevor sie über das Brückenhaus schrammte und dabei Antennen, das Radar sowie den achteren Mast mitriss. Die EVERT PRAHM fuhr bei Kanalkilometer 62,5 leicht in die Südböschung. Sie konnte sich durch ein Rückwärtsmanöver aus eigener Kraft befreien. Anschließend fuhr sie in den Kreishafen Rendsburg, wo sie um 07:15 Uhr festmachte.

Die Schwebefähre wurde durch die Kollision stark beschädigt und teilweise aus der Schienenführung gerissen. Sie hing mittig über dem Nord-Ostsee-Kanal fest. Der Maschinenführer war durch die Kollision schwer verletzt worden. Auch der einzige Fahrgast der Schwebefähre war verletzt. Mithilfe der Kanalfähre MEMEL konnten beide Personen durch die Feuerwehr von der Schwebefähre gerettet und ins Krankenhaus gebracht werden. Gegen Mittag gelang es den Einsatzkräften, die Schwebefähre wieder einzugleisen und auf die Südseite des Kanals zu ziehen.

Infolge des Unfalls wurden der Nord-Ostsee-Kanal für den Schiffsverkehr und die Rendsburger Eisenbahnhochbrücke für den Eisenbahnverkehr gesperrt. Die Sperrung des Eisenbahnverkehrs hielt bis in die Abendstunden an. Die Schwebefähre wurde anschließend außer Betrieb gesetzt. Ein Neubau ist in Vorbereitung. Für die Untersuchung des Unfalls wurden unter anderem verschiedene in diesem Zusammenhang für die Unfallbeteiligten erstellte Gutachten ausgewertet. Auch die Aufzeichnungen einer Webcam, die den Bereich der Schwebefähre abdeckte, wurden intensiv genutzt, um zum einen das Ereignis selbst und zum anderen das grundsätzliche Verkehrsverhalten der Schwebefähre zu beurteilen.

Der Bericht geht auch auf die Auffassung der BSU zur rechtlichen Stellung der Schwebefähre und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen für die Fähre und die Schifffahrt ein. Der Bericht betrachtet darüber hinaus die Betriebsbedingungen der Schwebefähre. Aufgrund der durch die Schifffahrtsverwaltung bereits für den Neubau der Schwebefähre angedachten technischen Veränderungen wurden keine weiteren Sicherheitsempfehlungen an diesen Adressaten formuliert. An die Reederei der EVERT PRAHM richteten sich zwei Sicherheitsempfehlungen zur Organisation des Brückenbetriebes des Schiffes.

Alle Untersuchungsberichte, Sicherheitsempfehlungen sowie sonstige Veröffentlichungen der BSU finden Sie unter

<https://www.bsu-bund.de/DE/Publikationen>

(BSU 05/20) 16/20

- ★ **DE. Anordnungen des Bundesministerium für Gesundheit gemäß § 5 des Infektionsschutzgesetzes nach Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Deutschen Bundestag vom 8. April 2020**

(Anordnung vom 02.04.2020 in NfS-Heft 15/20 ist aufgehoben)

I.

Gemäß § 5 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), der durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) neu gefasst worden ist, ordnet das Bundesministerium für Gesundheit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur an:

Personen, die aus einem anderen Staat in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und einer Verordnung oder Anordnung zur Absonderung nach § 30 Absatz 1 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes unterliegen, sind verpflichtet, ihre Identität (einschließlich Geburtsdatum), Reiseroute und Kontaktdaten einschließlich Anschrift des Wohnsitzes gegenüber der zuständigen Behörde bekannt zu geben.

II.

Gemäß § 5 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), der durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) neu gefasst worden ist, sowie § 5 Absatz 1 des IGV-Durchführungsgesetzes vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 566), der durch Artikel 71 Nummer 2 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, ordnet das Bundesministerium für Gesundheit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur an:

Unternehmen, die im Eisenbahn-, Bus-, Schiffs- oder Flugverkehr grenzüberschreitend Reisende in die Bundesrepublik Deutschland befördern, Betreiber von Flugplätzen, Häfen, Personenbahnhöfen und Omnibusbahnhöfen sowie Reiseveranstalter sind im Rahmen ihrer betrieblichen und technischen Möglichkeiten verpflichtet, Reisenden die in der Anlage dieser Anordnung enthaltenen Informationen über die Gefahren der durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten COVID-19-Infektionen und die Möglichkeiten zu deren Verhütung und Bekämpfung barrierefrei zur Verfügung zu stellen.

- ★ **DE. Federal Ministry of Health. Orders pursuant to section 5 of the German Act on the Protection against Infection Act (Infektionsschutzgesetz) after the determination of an epidemic situation of national significance by the German Bundestag of 8 April 2020**

(Order dated from 02.04.2020 in NtM issue 15/20 has been cancelled)

(Published online only)

I.

Pursuant to section 5 (2) number 1 letter a of the Protection against Infection Act of 20 July 2000 (Federal Law Gazette I, p. 1045), revised by Article 1 number 4 of the Act of 27 March 2020 (Federal Law Gazette I, p. 587), the Federal Ministry of Health issues the following Order, in agreement with the Federal Ministry of the Interior, Building and Community, as well as the Federal Ministry of Transport and Digital Infrastructure:

Persons entering the Federal Republic of Germany from another country and who are subject to an isolation provision or order pursuant to section 30 (1) sentence 2 of the Protection against Infection Act, are required to disclose, to the competent authority, their identity (including their date of birth), travel itinerary and contact data, including the address of their domicile.

II.

Pursuant to section 5 (2) number 2 letter b of the Protection against Infection Act of 20 July 2000 (Federal Law Gazette I, p. 1045), revised by Article 1 number 4 of the Act of 27 March 2020 (Federal Law Gazette I, p. 587), as well as section 5 (1) of the Act Implementing the International Health Regulations of 21 March 2013 (Federal Law Gazette I, p. 566), amended by Article 71 number 2 of the Ordinance of 31 August 2015 (Federal Law Gazette I, p. 1474), the Federal Ministry of Health issues the following Order, in agreement with the Federal Ministry of the Interior, Building and Community, as well as the Federal Ministry of Transport and Digital Infrastructure:

Businesses involved in the cross-border transport of passengers to the Federal Republic of Germany, by rail, bus, ship or airplane, operators of airports, ports, passenger train stations and coach stations, as well as tour operators, are under obligation within the framework of their operational and technical capabilities to provide travellers with a barrier-free version of the information on the risks posed by the COVID-19 infection caused by the novel coronavirus SARS-CoV-2 and the possibilities for preventing and combating it, contained in the Annex to this Order.

III.

Gemäß § 5 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe c bis e des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), der durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) neu gefasst worden ist, sowie § 12 Absatz 1, 3 und 4 und § 17 Absatz 3 des IGV-Durchführungsgesetzes vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 566), von denen § 12 durch Artikel 71 Nummer 2 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, ordnet das Bundesministerium für Gesundheit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur an:

Unternehmen, die im Schiffs- oder Flugverkehr grenzüberschreitend Reisende in die Bundesrepublik Deutschland befördern, haben die bei ihnen vorhandenen Daten nach der Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland bis zu 30 Tage bereitzuhalten; dies gilt insbesondere für elektronisch gespeicherte Daten zur Identifikation und Erreichbarkeit der Reisenden sowie für Passagierlisten und Sitzpläne.

Die in Satz 1 genannten Unternehmen haben auf Anforderung des für den Zielflughafen oder Zielhafen zuständigen Gesundheitsamtes für bestimmte Beförderungen bei den Reisenden Daten zu ihrer Identität (einschließlich Geburtsdatum), deren Kontaktdaten einschließlich Anschrift des Wohnsitzes und Daten zu ihrer Reiseroute zu erheben, zu verarbeiten und unverzüglich an dieses Gesundheitsamt zu übermitteln. Hierfür können Aussteigekarten nach dem Muster der Anlage 1 (den Flugverkehr betreffend) oder der Anlage 1a (den Schiffsverkehr betreffend) des IGV-Durchführungsgesetzes genutzt werden. Das zuständige Gesundheitsamt nach Satz 2 kann die übermittelten Daten weiteren zuständigen Behörden zur Verfügung stellen.

IV.

Die vorstehenden Anordnungen des Bundesministeriums für Gesundheit werden im Bundesanzeiger und durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur für den Bereich der zivilen Luftfahrt in den Nachrichten für Luftfahrer und in den Nachrichten für Seefahrer und im Verkehrsblatt bekannt gegeben. Sie gelten ab der Bekanntmachung bis zu ihrer Aufhebung nach § 5 Absatz 4 Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes oder durch das Bundesministerium für Gesundheit, die in derselben Weise bekannt gemacht wird. Sie ersetzen die Anordnungen des Bundesministeriums für Gesundheit vom 2. April 2020.

Bonn, den 8. April 2020

Der Bundesminister für Gesundheit

Siehe auch nachfolgende Anlage auf Deutsch.

III.

Pursuant to section 5 (2) number 2 letters c to e of the Protection against Infection Act of 20 July 2000 (Federal Law Gazette I, p. 1045), revised by Article 1 number 4 of the Act of 27 March 2020 (Federal Law Gazette I, p. 587), as well as section 12 (1) (3) and (4) and section 17 (3) of the Act Implementing the International Health Regulations (IGV-Durchführungsgesetz) of 21 March 2013 (Federal Law Gazette I, p. 566), of which section 12 was amended by Article 71 number 2 of the Ordinance of 31 August 2015 (Federal Law Gazette I, p. 1474), the Federal Ministry of Health issues the following Order, in agreement with the Federal Ministry of the Interior, Building and Community, as well as the Federal Ministry of Transport and Digital Infrastructure:

Businesses involved in the cross-border transport of passengers to the Federal Republic of Germany, by ship or airplane, must keep the data available to them for up to 30 days after arrival in the Federal Republic of Germany; this applies in particular to electronically stored data which enable passengers to be identified and located, as well as to passenger lists and seating plans.

Upon request by the public health office (Gesundheitsamt) responsible for the destination airport or port, the businesses mentioned in sentence 1 will collect, process and transmit immediately to this office, for certain types of carriage, data from passengers on their identity (including their date of birth), their contact data including the address of their domicile, as well as data on their travel itinerary. For this purpose, passenger locator cards (disembarkation cards) based on the sample in Annex 1 (for air traffic) or in Annex 1a (for shipping traffic) of the Act Implementing the International Health Regulations may be used. The competent public health office pursuant to sentence 2 may place the transmitted data at the disposal of other competent authorities.

IV.

The above Orders issued by the Federal Ministry of Health will be published in the Federal Gazette and by the Federal Ministry of Transport and Digital Infrastructure in Notices to Airmen in respect of civil aviation, in Notices to Seafarers and in the Federal Ministry of Transport Gazette. They enter into force upon publication and will remain in force until such time as repealed pursuant to section 5 (4) sentence 3 of the Protection against Infection Act, or by the Federal Ministry of Health, such repeal being published in the same manner. They replace the Orders issued by the Federal Ministry of Health on 2 April 2020.

Bonn, 8 April 2020

The Federal Minister of Health

See also following Annex in English language.

Bundesministerium für Gesundheit**Regelungen für nach Deutschland Einreisende im Zusammenhang mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2**

INTERNET

www.bundesgesundheitsministerium.de
www.zusammengegencorona.de

Bonn/Berlin, im April 2020

Sehr geehrte Reisende,

seit Anfang Dezember 2019 sind ausgehend vom chinesischen Wuhan eine Vielzahl von Atemwegserkrankungen (COVID-19) durch ein neuartiges Coronavirus (SARS-CoV-2) aufgetreten. In der Zwischenzeit hat sich das Virus weltweit verbreitet, sowohl in der Region, in der Sie sich kürzlich aufgehalten haben, als auch in Ihrer deutschen Heimat.

In Deutschland unternehmen wir daher große Anstrengungen, um die Ausbreitung von SARS-CoV-2 zu verlangsamten und Infektionsketten zu unterbrechen. Deshalb gilt es, die Gefahr des Entstehens neuer Infektionen durch Rückkehrende/Einreisende aus dem Ausland zu minimieren – analog zu den Beschränkungen von Freizeitaktivitäten und Reisen im Inland. Daher dürfen Reisende ohne triftigen Reisegrund nach Deutschland nicht mehr einreisen.

Personen, die auf dem Land-, See- oder Luftweg aus einem anderen Staat in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, haben sich derzeit auf Grundlage landesrechtlicher Bestimmungen nach § 30 Absatz 1 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes abzusondern und sind verpflichtet, sich unverzüglich nach der Einreise auf direktem Weg in ihre eigene Häuslichkeit oder eine andere geeignete Unterkunft zu begeben und sich für einen Zeitraum von 14 Tagen nach ihrer Einreise ständig dort aufzuhalten.

Sie sind außerdem verpflichtet, unverzüglich das für sie zuständige Gesundheitsamt zu kontaktieren und auf ihre Einreise hinzuweisen.

Von diesen Regelungen sind nur Personen ausgenommen, die einer in der landesrechtlichen Bestimmung genannten Ausnahmeregelung unterliegen und die keine Krankheitssymptome für COVID-19 im Sinne der dafür jeweils aktuellen Kriterien des Robert Koch-Instituts aufweisen.

Die lokal zuständige **Gesundheitsbehörde überwacht** die Einhaltung dieser Absonderung. Ihr zuständiges Gesundheitsamt finden Sie im Internet hier: <https://tools.rki.de/plztool/>

Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen für Ihre Gesundheit
Ihr Bundesministerium für Gesundheit

Federal Ministry of Health**Regulations for persons entering Germany in connection with the novel coronavirus SARS-CoV-2**

INTERNET

www.bundesgesundheitsministerium.de
www.zusammengegencorona.de

Bonn/Berlin, April 2020

Dear travellers,

Since early December 2019, we have seen a large number of cases of respiratory illness (COVID-19) caused by a novel coronavirus (SARS-CoV-2) that first emerged in Wuhan, China.

In the meantime, the virus has spread worldwide and is present both in the region where you were recently staying and here in Germany.

As a result, we have been undertaking strenuous efforts in Germany to slow down the spread of SARS-CoV-2 and interrupt the chain of infection. This is why our aim is to minimise the danger of new infections caused by returnees/persons arriving from abroad – parallel to the restrictions on leisure activities and travel implemented inside the country.

This is why travellers are no longer allowed to enter Germany without a valid reason.

By reason of provisions issued by the federal states (Laender) pursuant to section 30 (1) sentence 2 of the Protection against Infection Act, persons entering the Federal Republic of Germany by land, sea or air, from another country, are currently required to isolate themselves and must proceed directly to their own home, or other suitable accommodation, immediately after their arrival and remain there exclusively for a period of 14 days after their entry into the country.

They are also required to contact their competent public health office (Gesundheitsamt) without delay and inform the latter of their entry into the country.

Excluded from this regulation are only such persons who are subject to a derogation provided for in the regulations issued by the federal states (Laender) and who display no symptoms of a COVID-19 infection according to the current criteria specified by the Robert Koch Institute.

The local competent **public health authority will supervise** compliance with this isolation order. Your local competent public health office (Gesundheitsamt) can be found online here: <https://tools.rki.de/plztool/>

With best regards and best wishes for your health
Your Federal Ministry of Health

(BMG 08.04.2020) 16/20